

**Beschlussempfehlung mit Stellungnahmen
zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Überprüfung der Fahrerlaubnis
bei älteren Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern**

Drucksache JuP-14/7

Die Seiten 1 und 2 (Beschlussempfehlung) enthalten das Arbeitsergebnis des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Sofern Änderungen am Text des Gesetzes empfohlen werden, sind diese auf der Seite 2 so einzutragen, dass eine Zuordnung zum ursprünglichen Gesetzestext eindeutig ist.

In der rechten Spalte ist je nach Zusammenhang zu vermerken:

- unverändert
- entfällt
- wird wie folgt geändert:
- neu eingefügt:

Die Seiten 3 und 4 enthalten die Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse.

Seite 3 wird ausgefüllt vom Ausschuss für Arbeit und Soziales, Seite 4 vom Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Die Berichte sollen in prägnanter Form zum Ausdruck bringen, was der jeweilige mitberatende Ausschuss dem federführenden Ausschuss mitzuteilen hat. Die Berichte können enthalten:

- allgemein gehaltene Hinweise auf wichtige Aspekte, die bei der Abfassung der Beschlussempfehlung Berücksichtigung finden müssen
- Hintergrundinformationen und kurze Erläuterungen von Zusammenhängen, die dem federführenden Ausschuss so möglicherweise nicht bekannt sind.

**Beschlussempfehlung
des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur**

**zum Entwurf des Bundesrats
- Drucksache JuP-14/3 -**

**Gesetz zur Einführung einer Überprüfung der Fahrerlaubnis bei älteren
Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern**

Beschlussempfehlung

Das Parlament wolle beschließen,

den Gesetzentwurf auf Drucksache JuP-14/3 in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Berlin, den 21. Mai 2014

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Vorname Name

Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:

Vorname Name

Stellv. Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:

Zusammenstellung**„Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Überprüfung der Fahrerlaubnis bei älteren Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern“**

- Drucksache JuP-14/3 -

mit den Beschlüssen des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur

Entwurf

Beschlüsse des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur

—

Gesetz zur Einführung einer Überprüfung der Fahrerlaubnis bei älteren Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern

—

Gesetz zur Einführung einer Überprüfung der Fahrerlaubnis bei älteren Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern

- (1) Der Führerschein für die Klassen A und B ist bei Personen ab Vollendung des 65. Lebensjahres zwei Jahre gültig.
- (2) Der Führerschein für die Klassen C und D sowie der Personenbeförderungsschein sind bei Personen ab Vollendung des 50. Lebensjahres ein Jahr gültig.
- (3) Zur Verlängerung der Gültigkeit muss ein Nachweis über die körperliche und geistige Fahrtauglichkeit vorgelegt werden. Für diesen Nachweis sind durch eine Ärztin oder einen Arzt das Seh- und Hörvermögen, der allgemeine Gesundheitszustand sowie die Reaktions- und Orientierungsfähigkeit zu untersuchen.
- (4) Die Kosten für die ärztliche Untersuchung trägt im Fall der Führerscheinklassen A und B die Krankenkasse, im Fall der Führerscheinklassen C und D sowie des Personenbeförderungsscheins die Arbeitgeberin oder der Arbeitgeber.

Stellungnahme des Ausschusses für Arbeit und Soziales an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat den auf Drucksache JuP-14/3 vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Überprüfung der Fahrerlaubnis bei älteren Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern beraten und ist zum folgenden Ergebnis gekommen:

Berlin, den 21. Mai 2014

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Vorname, Name
Vorsitzende / Vorsitzender

Vorname, Name
Stellv. Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:

Mobilnummer:

Stellungnahme des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat den auf Drucksache JuP-14/3 vorliegenden Entwurf eines Gesetzes Einführung einer Überprüfung der Fahrerlaubnis bei älteren Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern beraten und ist zum folgenden Ergebnis gekommen:

Berlin, den 21. Mai 2014

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Vorname, Name

Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:

Vorname, Name

Stellv. Vorsitzende / Vorsitzender

Mobilnummer:
